Die Pläne der Demokraten im Fall eines Sieges

Selbst nach einer Wahlniederlage der Republikaner bei den Midterm-Wahlen hätte Präsident Trump weiter viel Macht, um den Kongress zu blockieren. Welche Änderungen sind trotzdem wahrscheinlich?

CHRISTIAN FAHRENBACH

NEW YORK. Weniger als zwei Wochen vor den US-Zwischenwahlen sieht es in Umfragen immer besser für die Demokraten aus. Als Präsident wird Donald Trump zwar noch zwei Jahre im Weißen Haus regieren, aber in Washington gehen nahezu alle davon aus, dass seine Republikaner am 3. November die Mehrheit im Repräsentantenhaus verlieren. Auch für den Senat sehen die Demoskopen deutlich bessere Chancen bei den Demokraten, halten dort aber eher Überraschungen für möglich. Immer mehr rückt damit in den Fokus, was die Partei überhaupt mit solchen Mehrheiten anfangen könnte. Besonders eine Frage wird den Parteivertretern immer wieder gestellt: „Legislate or investigate?“, zu Deutsch etwa „Gesetzgebung oder Ermittlungen?“.

Die Parteiführung der Demokraten zeigt sich entschlossen, beides umzusetzen. Hakeem Jeffries, der für den Fall einer Mehrheit im Repräsentantenhaus dort nahezu sicher zum Vorsitzenden gewählt wird, gab zuletzt eine klare Marschrichtung vor: „Wir versprechen ausdrücklich, dass wir für ein besser bezahlbares Amerika kämpfen werden“, sagte er in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AP. Unter anderem will die Partei von den Republikanern gestrichene Milliardenhilfen für Krankenversicherungsbeiträge wieder einführen und Kürzungen bei Lebensmittelmarken zurückdrehen. Der im Fall eines demokratischen Wahlsiegs wahrscheinliche Mehrheitsführer im Senat, Chuck Schumer, kündigte aber auch enge Leitplanken für Trump und seine Regierung an. „Wir werden alles tun, was wir können, um diese furchtbare Korruption einzudämmen und dem Chaos ein Ende zu setzen“, sagte er. Noch ist sich die Partei uneins, ob sie ein drittes und erneut nahezu aussichtsloses Amtsenthebungsverfahren gegen Trump anstoßen will. Die Sorge lautet, dass dies an der

konkreten Situation vieler Bürger nichts ändern würde. Trotzdem fordern die meisten Demokraten Ermittlungen gegen Trump und seine Familie, das republikanische Umfeld und Unternehmen, die mit ihnen zusammenarbeiten, etwa bei Krypto-Geschäften, dem Ballsaal im Weißen Haus oder dem riesigen Militärapparat, gerade rund um den Iran-Krieg.

Gibt es ein Verfahren zur Amtsenthebung?

Diese Ankündigungen scheinen nur schwer umsetzbar, der wichtigste Grund dafür sitzt im Weißen Haus: Trump hat seine Ministerien in den vergangenen zwei Jahren oft angewiesen, Entscheidungen von Senat und Repräsentantenhaus zu ignorieren. Er kann zudem gegen die vom Kongress beschlossenen Gesetze ein Veto einlegen. Trump besitzt damit ein mächtiges Instrument, sich über den Kongress hinwegzusetzen. Theoretisch hätten beide Kammern die Möglichkeit, ein Trump-Veto zu überstimmen, aber dafür bräuchte es jeweils zwei Drittel der anwesenden Mitglieder. Selbst die größten Optimisten in der Partei halten solche Erdrutschsiege der Demokraten für unmöglich.

Eine weitere Hürde: Für die meisten Gesetze braucht es im Senat 60 der 100 Stimmen, um eine Debatte zu beenden und die Abstimmung über ein Vorhaben zu ermöglichen. Diese Vorschrift soll in der Theorie für mehr überparteiliche Kompromissfindung sorgen, führt aber in der Praxis oft zu Blockaden.

Bei der Gesetzgebung bleibt der bisherigen Oppositionspartei aber noch der Umweg über Haushalts-, Verteidigungs- und Landwirtschaftsgesetze: Da der Kongress die Macht über das Budget hat und ohne eine Einigung der beiden Parlamentskammern Shutdowns drohen, müssen dazu zwingend Lösungen gefunden werden. Die bis zu tausend Seiten langen Haushaltsgesetze knüpfen deshalb oft weitere Reformen in sogenannten Omnibusgesetzen an, deren Durchsetzung sonst unwahrscheinlicher wäre. Das könnte den Demokraten ihre

Demokraten haben keine einheitliche Linie

Reformen bei Krankenversicherung und Lebensmittelmarken doch ermöglichen. Auch bei Ukraine-Hilfen sind Kompromisse mit einigen Republikanern wahrscheinlich.

Hinzu kommen die eigenen Befugnisse der beiden Kammern: Im Repräsentantenhaus läuft sich Robert Garcia als möglicher neuer Vorsitzender für den Aufsichtsausschuss warm. Er hat unter anderem neue Veröffentlichungen der Epstein-Akten und Ermittlungen zum aggressiven Vorgehen der Einwanderungsbehörde ICE angekündigt. Auch der Senat darf Vorladungen aussprechen, sodass die Zusammenarbeit vieler Unternehmen und einzelner Verwaltungsbeamter mit der Trump-Regierung vorsichtiger ausfallen dürfte – schon die Optik von Ausschussanhörungen ist oft schädlich.

Der Senat ist darüber hinaus für die Bestätigung einiger ranghoher Posten verantwortlich, allen voran der Richter am Obersten Gerichtshof. Sollten die Demokraten eine Mehrheit gewinnen, könnten sie Trumps Wunschkandidaten blockieren.

Den Demokraten droht dennoch das Problem, dass sie viele ihrer aktuellen Wahlkampfversprechen nur schleppend umsetzen können, auch weil innerparteilicher Streit zwischen linkem und zentristischem Flügel aufbrechen könnte. „Am Ende wird es die Aufgabe der Demokraten-Mehrheit sein, Amerika zu retten, nicht Amerika zu verändern“, schreibt der frühere Kongressabgeordnete Tom Malinowski in einem Meinungsbeitrag auf der Plattform Substack. „Für die elementaren Veränderungen, nach denen die Amerikaner verlangen, braucht es auch einen späteren Sieg im Weißen Haus.“

Die Pläne der Demokraten im Falle eines Sieges

A) Vor dem Lesen

a) Überlegen Sie, welche Aufgaben und Befugnisse das US-amerikanische Parlament, der sogenannte Kongress, hat. Recherchieren Sie gegebenenfalls im Internet dazu.

b) Informieren Sie sich über die Zusammensetzung und die Funktion des Repräsentantenhauses und des Senats.

c) Erklären Sie, was unter den Begriffen „Mehrheit“ und „Opposition“ in einem parlamentarischen System zu verstehen ist.

d) Stellen Sie Vermutungen darüber an, welche politischen Veränderungen eine neue Mehrheit im US-Kongress anstreben könnte, wenn sie einer anderen Partei angehört als der amtierende Präsident.

e) Definieren Sie folgende Begriffe in eigenen Worten. Recherchieren Sie im Wörterbuch oder Internet, falls sie Ihnen nicht geläufig sein sollten: Legislative, investigativ, Veto, Omnibusgesetz, Reform, Demoskop.

B) Textbearbeitung

a) Lesen Sie den Artikel aufmerksam durch.

b) Fassen Sie die politische Ausgangslage vor den US-amerikanischen Midterm-Wahlen zusammen. Gehen Sie dabei besonders auf die Erfolgsaussichten der Demokraten und die Machtverhältnisse im Kongress ein.

c) Arbeiten Sie heraus, welche politischen Vorhaben die Demokraten für den Fall eines Wahlsieges angekündigt haben.

d) Erläutern Sie, welche Hindernisse einer Umsetzung dieser Vorhaben entgegenstehen.

e) Analysieren Sie, weshalb ein Wahlsieg der Demokraten nicht automatisch zu einer grundlegenden Veränderung der politischen Verhältnisse in den USA führen würde.

C) Textproduktion

Verfassen Sie einen Kommentar.

Situation: Im Rahmen eines Projekts zum Thema „Wahlen in den USA" an Ihrer Schule verfassen Sie einen Kommentar für die Projektzeitung, für den Sie auch einen passenden Titel formulieren.

Lesen Sie den Artikel „Die Pläne der Demokraten im Fall eines Sieges" von Christian Fahrenbach aus „Salzburger Nachrichten" vom 23.10.2026.

Verfassen Sie nun den **Kommentar** und bearbeiten Sie dabei folgende Arbeitsaufträge:

- Geben Sie die Chancen und Risiken wieder, die sich aus einer veränderten Mehrheit im US-Kongress für die amerikanische Bevölkerung ergeben könnten.
- Nehmen Sie Stellung dazu, inwiefern eine parlamentarische Mehrheit tatsächlich geeignet ist, die Macht eines Präsidenten bzw. einer Präsidentin einzuschränken.
- Beurteilen Sie, welche Bedeutung eine funktionierende Opposition für eine demokratische Gesellschaft hat.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

D) Weiterführende Aufgaben

a) Vergleichen Sie das politische System der USA mit jenem Österreichs. Arbeiten Sie mindestens drei wesentliche Unterschiede heraus.

b) Recherchieren Sie die Bedeutung des Begriffs „Checks and Balances" und erklären Sie anhand konkreter Beispiele, wie dieses Prinzip die Machtverteilung in den USA regelt.